

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 14.06.2012 um 17.45 Uhr
im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Bürgermeister Christof (für Oberbürgermeister Müller)

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser
Stadträtin Schwab

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadträtin Kahnt

FW-FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp
Stadträtin Wachter

KIK-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm

Berichterstatter: Bauamtsleiter Graumann
Stadtplaner Fischer

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Als Gäste: Stadträtin Glos
Stadtrat Weiglein
Stadtrat Freitag
Ortssprecher Pfrenzinger

Entschuldigt fehlten: Oberbürgermeister Müller
2. Bürgermeister May

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig.

Bürgermeister Christof erkundigt sich nach Anregungen zur Tagesordnung.

Stadtrat Moser möchte wissen, weshalb der Tagesordnungspunkt 2 „Schließung der Alten Mainbrücke und Schaffung eines sicheren Fußgängerüberwegs von der Brücke in die Innenstadt“ nicht bei den Anträgen der Fraktionen und Gruppen aufgeführt sei, nachdem diese Maßnahme aus einem Antrag der CSU resultierte.

Bürgermeister Christof weist darauf hin, dass in der Stadtratssitzung am 13.10.2011 der entsprechende Antrag der CSU einstimmig beschlossen wurde und mit der vorliegenden Sitzungsvorlage es nun an die Umsetzung gehe.

1. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Finanzausschusssitzung vom 10.05.2012

A. Stadtrat Schmidt bezieht sich auf die Seite 7 des Protokolls, wonach seine Frage zur energetischen Sanierung des Nebengebäudes des Stadtbauamtes (nicht im Eigentum der Stadt) im Protokoll nicht enthalten sei.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass dies in der Sitzung des Stadtrates am 24.05.2012 ebenfalls thematisiert und entsprechend protokolliert wurde.

Darauf erklärt Stadtrat Schmidt, dass man die Niederschrift des Finanzausschusses genehmigen könne, wenn seine Anfrage im Protokoll des Stadtrates entsprechend enthalten sei.

B. **Mit 12 : 0 Stimmen**

Die öffentliche Niederschrift vom 10.05.2012 ist gemäß Art. 54 Abs. 2 GO genehmigt.

2. Beschlussvorlage zur Schaffung eines sicheren Fußgängerüberweges von der Alten Mainbrücke in die Innenstadt

A. Bürgermeister Christof verweist Eingangs, dass diese Sitzungsvorlage aus einem Antrag der CSU resultierte und es nun um die Gestaltung des Bereichs von der Alten Mainbrücke bis zum Gustav-Adolf-Platz gehe.

Stadtplaner Fischer geht ausführlich auf die Sitzungsvorlage und auf den Entwurf des Übergangs von der Alten Mainbrücke in die Fußgängerzone ein. Dabei bezieht er sich vor allem auf den Bestand (Überschneidung verschiedener Teilnehmer - Anlieger, Radfahrer, Fußgänger, Anlieferverkehr) sowie auf die Punkte, die bei der Umgestaltung beachtet werden sollten (verkehrliche Funktion herausnehmen, Reduzierung der Geschwindigkeit, bauliche Veränderungen).

Er erklärt, dass im Bereich „Mode Weigand“ die Parkplätze wegfallen, im Gegenzug jedoch in der Alten Burgstraße weitere geschaffen werden.

Auf die Frage nach dem Baulastträger antwortet Bürgermeister Christof, dass die Baulast bei der Stadt Kitzingen bleibe.

Stadtrat Popp möchte wissen, ob das Radfahrkonzept berücksichtigt sei und eine behindertengerechte Gestaltung beachtet werde. Darüber hinaus gibt er zu Bedenken, ob dieser Übergang dem Zentrenkonzept widerspreche.

Stadträtin Wallrapp möchte wissen, ob die Planung mit dem Verkehrskonzept abgestimmt sei und ist der Auffassung, dass die Fahrzeuge mit Blick auf die Einzelhändler und die Einkaufsmöglichkeiten nicht aus der Innenstadt herausgenommen werden sollten. Sie verweist darüber hinaus auf den Parkplatz für Elektroautos in diesem Bereich. Dieser sollte dauerhaft freigehalten werden, was mit einer entsprechenden Beschilderung geschehen müsse. Außerdem verweist sie auf die Geschwindigkeiten der Radfahrer von der Brücke kommend. Ihrer Auffassung nach müssten entsprechende Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden.

Stadtrat Moser möchte wissen, ob die betroffenen Einzelhändler mit einbezogen werden, insbesondere Mode Weigand, die hinsichtlich der wegfallenden Parkplätze besonders betroffen seien.

Stadträtin Wachter hält es für wichtig, ein Parkleitsystem für Radfahrer einzurichten und auf die verschiedenen Fahrradparkplätze hinzuweisen.

Stadtplaner Fischer geht ausführlich auf die verschiedenen Fragen ein und erklärt, dass man hinsichtlich der Barrierefreiheit ein Blindenleitsystem mittels haptischer Steine einbauen werde. Die Sicherheit der Radfahrer werde man mit einer entsprechenden Oberflächengestaltung gewährleisten. Darüber hinaus erlaube die zukünftige Gestaltung es dem von der Brücke kommenden Verkehrsteilnehmer, in die Schranken- bzw. Alte Burgstraße einsehen zu können. Außerdem seien Poller angedacht, die den Übergang optisch abgrenzen sowie ein Zebrastreifen, beim dem Radfahrer normalerweise absteigen müssen. Er erklärt, dass vor der Stadtratssitzung am 21.06.2012 ein Ortstermin stattfinden werde, wo er die Situation genauer erläutern kann.

Eine Abstimmung mit dem Verkehrsplaner erfolgte vorab. Die Lösung wurde gemeinsam mit dem Büro BSV, welches den Verkehrsentwicklungsplan erstellt, entwickelt. Das Zentrenkonzept stehe der Umgestaltung nicht konträr entgegen und verweist auf den Baustein „Gestaltung im öffentlichen Raum“, der im Zentrenkonzept enthalten sei. Insoweit gebe man mit der Umbaumaßnahme ein wichtiges erstes Signal zur Gestaltung und Stärkung der Innenstadt.

Hinsichtlich der Einschränkung des Modehauses Weigand erklärt Stadtplaner Fischer, dass die Planungen dem Eigentümer vorgestellt wurden und er von diesen überzeugt war.

Abschließend weist Stadtplaner Fischer darauf hin, dass mit der Querung keine Verkehrsbefreiung sondern vielmehr eine Verkehrsberuhigung erreicht werden sollte. Die Qualität der Innenstadt als Einkaufsstadt soll gestärkt werden.

B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

a) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt ist von der vorgelegten Planung enttäuscht und erklärt, dass hiermit lediglich ein Teilbereich überplant wurde und die Auswirkungen auf die umliegenden Bereiche (Schrankenstraße/Kaiserstraße) nicht beachtet wurden. Die Schrankenstraße/Alte Burgstraße sei die einzige Nord-Süd-Verbindung der Stadt und sei vom Bus- bzw. LKW-Verkehr stark frequentiert. Mit der Umgestaltung werde es zu erheblichen Rückstauungen kommen. Er gibt darüber hinaus die Einfahrt in den Markt zu Bedenken, die nach der Umgestaltung sehr eng sei und möchte wissen, ob die Planung mit den Rettungsdiensten (BRK, Feuerwehr) abgesprochen sei. Im Grund spreche sich die UsW für eine Verbesserung dieses Bereiches aus, jedoch sei die vorliegende Planung stark verbesserungswürdig.

b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser findet die Umgestaltung positiv und freut sich, dass diese bereits mit dem Modehaus Weigand abgesprochen sei. Es dient der Aufwertung der Innenstadt und der Wohnqualität. Seine Erfahrung zeige, dass Maßnahmen stets kritisch gesehen werden, das folgende Ergebnis jedoch die Kritiker wieder verstummen lasse.

c) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul äußert sich ebenfalls positiv gegenüber dem Beschlussentwurf (entstehenden Bäume, Parkplätze, Barrierefreiheit). Ihrer Auffassung nach sollte eine Umsetzung zeitnah erfolgen. Einzig die Situation hinsichtlich des Lieferverkehrs sollte beachtet werden.

Wenn die Details geklärt seien, werde die SPD dem Vorschlag zustimmen.

d) FW-FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp empfindet die Umgestaltung ebenfalls für notwendig. Ihrer Auffassung nach müsse das Einzelhandelskonzept beachtet werden, damit durch diese verkehrliche Änderung die Innenstadt nicht leide. Nach Beachtung dessen freue sie sich auf die Umgestaltung.

e) KIK-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Popp ist der Auffassung, an der Stelle eher einen Platzcharakter größeren Umfangs zu schaffen. Ziel sollte es sein, die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer zu vergrößern. Dies könne man ggf. durch Verbreiterung des Überweges erreichen. Seiner Auffassung nach sollten neben dem Modehaus Weigand auch die übrigen Einzelhändler in diesem Bereich befragt werden, bevor eine Umsetzung erfolge.

f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt spricht sich ebenfalls für den Entwurf aus und freut sich, dass nicht nur der Überweg gestaltet, sondern das gesamte Gebiet insgesamt betrachtet werde. Sie bittet, einen entsprechenden Hinweis für die Fahrradparkplätze anzubringen, da man diese, ihrer Auffassung nach, nicht erkennen kann.

g) ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm spricht sich insgesamt auch für die Umgestaltung aus, lediglich ein paar Kleinigkeiten sollten noch berücksichtigt werden (Einfahrtsmöglichkeit für Zulieferer, Entschleunigung der von der Brücke kommenden Radfahrer).

C. Bürgermeister Christof stellt fest, dass verschiedenen Meinungen bestehen und die Anregungen entsprechend aufgenommen werden. Die Frage sei nun, ob man der Verwaltung eine entsprechende Ermächtigung zur Umsetzung erteile oder, ob der Stadtrat einen konkreten Beschluss fasse, in welche Richtung es gehen soll.

Die Stadträte diskutieren im Folgenden über das weitere Vorgehen. Dabei wird deutlich, dass die von der Umgestaltung betroffenen Gewerbetreibenden sowie Bürgerinnen und Bürger entsprechend einbezogen werden sollten.

Darüber hinaus wird diskutiert, in welchem Umfang nun der Beschluss gefasst werden soll und welcher Plan als Grundlage diene.

Stadtrat Popp stellt den Antrag, die Angelegenheit in die Fraktionen und Gruppen zu verweisen.

Stadträtin Dr. Endres-Paul befürwortet eine vorberatende Beschlussfassung.

D. Mit 12 : 0 Stimmen

Es besteht Einverständnis, die Angelegenheit in die Fraktionen und Gruppen zu verweisen.

E. Im Folgenden wird über Art und Weise der Anlieger- bzw. Bürgerbeteiligung diskutiert, insbesondere in welchem Umfang diese erfolgen soll (Gebietsumgriff). Stadtrat Moser schlägt vor, die betroffenen Bürger zum Ortstermin einzuladen.

Bürgermeister Christof erklärt, dass der Ortstermin zwar öffentlich sei, jedoch sinnvollerweise die Anlieger angeschrieben werden sollten, mit der Möglichkeit, Anregungen oder Bedenken vorzubringen, damit in einer Stadtratssitzung vor der Sommerpause der Beschluss gefasst werden könne.

Stadtrat Popp stellt den Antrag, die betroffenen Bewohner, Anwohner bzw. Hausbesitzer, die als Anlieger bei der vorliegenden Maßnahme beteiligt sind, mit in die Vorbereitungen einzubeziehen und eine Meinung einzuholen.

In weiterer Diskussion wird folgender Gebietsumgriff festgelegt:

- Ecke Alte Burgstraße (ehem. Schuhhaus) bis Eydel (Gaststätte),
- Spielwaren Sinkel bis Evang. Dekanat.

F. Mit 9 : 3 Stimmen

Mit dem Antrag von Stadtrat Popp, die betroffenen Bewohner, Anwohner bzw. Hausbesitzer, die als Anlieger bei dieser Maßnahme beteiligt sind, mit in die Vorbereitung einzubeziehen und eine Meinung einzuholen, besteht Einverständnis.
Gebietsumgriff: Ecke Alte Burgstraße (ehem. Schuhhaus) bis Eydel (Gaststätte), Spielwaren Sinkel bis Evang. Dekanat.

3. Kanalsanierung 2012 - Sammler Schutzhafen/Oberer Mainkai hier: Auftragsvergabe Kanalsanierungsmaßnahmen gemäß VOB/A

Mit 12 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag des Stadtbauamtes wird Kenntnis genommen
 2. Den Auftrag zur Ausführung der Kanalsanierungsarbeiten Sammler Schutzhafen / Oberer Mainkai erhält als wirtschaftlich günstigste Bieterin der beschränkten Ausschreibung vom 29.03.2012, die Fa. Insituform Rohrsanierungstechniken GmbH, 90552 Röthenbach, zum Angebotspreis von 205.245,56 € incl. 19 % MwSt gemäß Angebot vom 16.04.2012.
 3. Die erforderlichen Mittel sind im Haushalt 2012 eingestellt.
4. Bahnlärm im Stadtgebiet Kitzingen - Antrag der CSU-Stadtratsfraktion zum Thema Bahnlärm vom 16.09.2011
- A. Bürgermeister Christof geht eingangs auf die Unterschiede des vorliegenden CSU-Antrags sowie des Antrages der Bürgerinnen und Bürger (Ziffer 4 der Niederschrift) ein. Es ist vorgesehen, dass die Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit den Fachleuten in einem Erörterungstermin ein für die Stadt einheitliches Messverfahren samt Messpunkte festlegen. Im Anschluss daran könne das Ergebnis in einer Sondersitzung des Stadtrates behandelt werden.
Stadtrat Moser als Antragssteller sei sich bewusst, dass die Bahn lediglich auf freiwilliger Basis handeln könne und die Stadt Kitzingen keine rechtliche Handhabe hat. Nachdem die Lärmbelastungen derart stark sind, sei die Stadt Kitzingen es den Bürgerinnen und Bürgern schuldig, tätig zu werden.
- B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:
- a) UsW-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Schmidt könne den Beschluss durchaus mittragen, gibt jedoch mit Blick auf die gesamte rechtliche Situation die Sinnhaftigkeit des Vorgehens zu Bedenken. Er könne sich nicht vorstellen, dass man die Bahn zu einem Umdenken bewegen könne.
- Bürgermeister Christof erklärt, dass ab 2013 die EU-Richtlinie zur Vermeidung von Schienenlärm in Deutsches Gesetz umgesetzt werden müsse. Man müsse der Bahn rechtzeitig anzeigen, wo ein Handlungsbedarf bestehe. Die Bürger werden in den Spitzen überdurchschnittlich belastet, auch wenn es seitens der Bahn im Jahresmittel als vertraglich dargelegt werde.
- b) CSU-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Moser verweist auf seine Stellungnahme als Antragssteller und bittet um Zustimmung.

c) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul spricht sich ebenfalls für den Beschlussentwurf aus und bittet um Beachtung des Unterschiedes zwischen Lärmberechnung und Lärmmessung. Sie möchte wissen, wie beispielsweise andere Bundesländer dem Problem Herr werden, so wie es im Antrag benannt sei.

Stadtrat Moser erklärt, dass sich beispielsweise die Städte an der Rheinschiene zu einem Aktionsbündnis zusammengeschlossen haben und insoweit einen größeren Druck auf die Bahn ausüben können. Ein solches Bündnis könne bei den Verhandlungen mit der Bahn sehr dienlich sein. Darüber hinaus verweist er auf Nürnberg, die nahezu im gesamten Stadtgebiet im Schienenbereich Lärmschutzwände haben.

Bürgermeister Christof verweist ergänzend auf neue technische Möglichkeiten (radhohe Schotterkästen entlang der Schiene), die effektiver als Lärmschutzwände seien.

d) FW-FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp spricht sich ebenfalls für den Beschlussentwurf aus und stellt dar, dass die Bahn nur dann handeln werde, wenn man sie entsprechend drückt und drängelt. Hier haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit in der Summe etwas Positives zu erreichen.

e) KIK-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Popp schließt sich der Meinung von Bürgermeister Christof an und stellt dar, dass man bei Untätigkeit auch nichts verändern könne. Seiner Auffassung nach müssten die Kommunalen Spitzenverbände in das Verfahren einbezogen werden.

f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt gibt ihre Zustimmung zum Beschlussentwurf.

g) ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm gibt ebenfalls seine Zustimmung. Er möchte wissen, ob die Messungen im gesamten Stadtgebiet erfolgen oder lediglich am Eselsberg.

Bürgermeister Christof stellt dar, dass sich der Antrag auf das gesamte Stadtgebiet beziehe, er jedoch anregt, sich anfangs auf einen Messpunkt zu einigen, da pro Messung Kosten in Höhe von 3.500,00 € anfallen würden. Mit Blick auf die aktuelle Situation böte sich der Eselsberg an, bei dem es drei Messpunkte gebe. Nach Kenntnis der ersten Messung müsse der Stadtrat entscheiden, inwiefern die Messungen für das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet werden.

Stadtrat Moser als Antragssteller möchte es den Fachleuten überlassen, an welcher Stelle eine Messung sinnvoll sei.

C. Mit 12 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen lässt entlang der Bahntrasse Würzburg – Fürth im Stadtgebiet Kitzingen eigene Lärmmessungen durch ein Fachbüro durchführen.

D. Mit 12 . 0 Stimmen

Sollten die Ergebnisse aus den Lärmmessungen bestätigen, dass zulässige Grenzwerte überschritten werden, ist die Bahn aufzufordern, geeignete Maßnahmen zur Einhaltung der Grenzwerte für Lärmimmission in Wohngebieten einzuleiten. Dies kann auch kostengünstig durch Geschwindigkeitsbegrenzungen erreicht werden.

5. Bahnlärm in Kitzingen - Antrag Bürgerinnen und Bürger vom 20.04.2012.
"Einberufung einer öffentlichen Sondersitzung des Stadtrates zur Thematik Bahnlärm in Kitzingen und dessen negative Auswirkungen auf das Befinden der betroffenen Bürger"

A. Bürgermeister Christof weist darauf hin, dass die Sondersitzung erst nach der Sommerpause und stattgefundenem Anhörungstermin stattfinden könne. Der genaue Termin werde von der Verwaltung mitgeteilt.

B. Mit 12 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Einberufung einer öffentlichen Sondersitzung des Stadtrates zur Thematik „Bahnlärm in Kitzingen und dessen negative Auswirkungen auf das Befinden der betroffenen Bürger“. In dieser Sitzung sollen geeignete Maßnahmen zur deutlichen Reduzierung der vom Schienenverkehr der Deutschen Bahn ausgehenden Lärmimmissionen im Stadtbereich Kitzingen beschlossen werden.

C. Mit 12 : 0 Stimmen

Im Vorfeld der unter Ziffer 2. beantragten Sondersitzung sollte ein demokratischer Anhörungstermin, bei dem alle beteiligten Parteien wie die Stadtverwaltung Kitzingen, die Deutsche Bahn, unabhängige Fachleute aus Wissenschaft und Medizin sowie Verkehrsexperten teilnehmen und die Bürger sowohl ihre Fragen vorbringen als auch ihre Stellungnahmen abgeben können.

D. Mit 12 : 0 Stimmen

Für die im Brennpunkt stehenden Stadtbereiche sind Lärmmessungen auf wissenschaftlicher Basis vorzunehmen. Es sind Messungen nach dB(A) und dB(C) durchzuführen.

6. Beschluss zum kommunalen Einzelhandelskonzept

A. Stadtplaner Fischer geht kurz auf das Verfahren in der Erstellung des Einzelhandelskonzepts ein und erklärt, dass mit der vorliegenden Sitzungsvorlage die Ergebnisse der Stufe 1 (Sortimentsliste, Ansiedlungsleitsätze, Zentren- und Nahversorgungskonzept) beschlossen werden soll. Darüber hinaus sollen die Ergebnisse der Stufe 2 als Grundlage für weitere Überlegungen herangezogen werden.

B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

a) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt weist darauf hin, dass die UsW-Fraktion unterschiedlich abstimmen werde.

b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser weist darauf hin, dass die CSU dem Zentrenkonzept zustimmen werde. Gleichwohl gibt er zu Bedenken, dass die seinerzeitige Beschlussfassung nur aufgrund der Forderung der Regierung von Unterfranken (Zuschüsse standen in Rede) erfolgte. Unklar sei darüber hinaus, wie das Flächenmanagement in der Stadt betrieben werde. Außerdem fehle ihm im Zentrenkonzept das Thema „Wohnen“, welches ebenfalls zur Attraktivitätssteigerung in der Innenstadt beitragen könne. Kitzingen habe ein sehr hohes Mietniveau sowie überdurchschnittliche Verkaufsflächen, weshalb es notwendig sei, mit dem Zentrenkonzept ein Instrument zu haben, das eine einheitliche Richtung vorgibt.

- c) SPD-Stadtratsfraktion:
Stadträtin Dr. Endres-Paul weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion dem Zentrenkonzept zustimmen werde, gibt aber zu Bedenken, dass noch sehr viel Arbeit anstehe. Sie möchte wissen, bis wann mit der Umsetzung begonnen werden könne, auch mit Blick auf die derzeit nicht besetzte Stabsstelle. Sie verweist darüber hinaus auf den noch offenen Antrag hinsichtlich des Flächenmanagements.
- d) FW-FBW-Stadtratsfraktion:
Stadträtin Wallrapp weist darauf hin, dass die FW-FBW-Fraktion unterschiedlich abstimmen werde. Sie erklärt, dass die Aspekte „Leben und Wohnen“ wichtig seien und einheitliche Öffnungszeiten für Kitzingen dringend angegangen werden müssten. Sie äußert sich kritisch, dass die Landesregierung die Grenze für die Ansiedlung von Märkten auf der grünen Wiese von 800 qm auf 1.200 qm erhöht habe und dadurch die umliegenden Ortschaften verstärkt Verbrauchermärkte ansiedeln. Sie verweist abschließend auf eine Anfrage eines Bau- bzw. Gartenmarktes, welcher aufgrund der 800 qm-Grenze stets abgelehnt werden konnte. Aufgrund des neuen Gesetzes müsse man ein solches Vorhaben genehmigen.
- e) KIK-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Popp verweist auf zwei ausführliche Stellungnahmen, die der Stadt hinsichtlich des Zentrenkonzeptes vorliegen. Mit diesem Konzept könne man keine Stadtentwicklung betreiben und gibt zu Bedenken, dass die Zahlen meist nur fortgeschrieben werden. Er habe Bedenken, dass nach der Beschlussfassung und der ersten interessanten Anfrage eines Investors, das Zentrenkonzept unterlaufen werde. Die KIK könne dem Beschlussentwurf nicht zustimmen.
- f) ödp-Stadtratsgruppe:
Stadträtin Schmidt stimmt dem Beschlussentwurf zu und stellt fest, dass man mit dem Zentrenkonzept ein Instrument habe, die Innenstadt zu beleben und Investoren in die Innenstadt zu bringen. Sie halte es für wichtig, in der Zukunft keinerlei Ausnahmen vom Konzept mehr zuzulassen. Hinsichtlich des Wohnens ist sie der Auffassung, dass sich diese Problematik bei einer attraktiven Innenstadt von selbst löse. Lediglich ein Förderprogramm hinsichtlich des Wohnens könne im Nachhinein aufgestellt werden.
- g) ProKT-Stadtratsgruppe:
Stadtrat Böhm stellt fest, dass die Stadt Kitzingen bereits verschiedene Konzepte hatte, jedoch im Folgenden sich nicht daran gehalten wurde. Das gegenwärtige Konzept wurde nur aufgrund der Intervention der Regierung von Unterfranken mit Blick auf die Fördermittel in Auftrag gegeben. Die Stadt Kitzingen sei attraktiv genug und könne die Belebung der Innenstadt selbst in die Hand nehmen. Die ProKT werde gegen den Beschlussentwurf stimmen, da man mit Verboten zu keiner Attraktivitätssteigerung komme.

C. Mit 5 : 7 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt das kommunale Einzelhandelskonzept der Stufe 1.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt das kommunale Einzelhandelskonzept als Grundlage der Stadtentwicklung und zur Beurteilung und Ausweisung von künftigen Handels- und Gewerbenutzungen heranzuziehen.
4. Der Stadtrat stimmt zu die in der Stufe 2 erarbeiteten Empfehlungen als Grundlage der weiteren Entwicklung der Innenstadt heranzuziehen.

D. Bürgermeister Christof stellt fest, dass der Antrag abgelehnt wurde. Der Stadtrat sei in der Sitzung am 21.06.2012 abschließend zuständig.

7. Verkehrsplanung - Einrichtung eines Verkehrsrechners zur Optimierung der Ampelsteuerung im Stadtgebiet;
hier: Vereinbarung mit dem Staatlichen Bauamt Würzburg und Beauftragung eines Fachingenieurs für die Anlagen der Stadt Kitzingen

A. Bürgermeister Christof verweist auf die Problematik hinsichtlich der Ampelschaltungen und dem Ziel, mit dem Verkehrsrechner eine entsprechende Verbesserung der verkehrlichen Situation in Kitzingen zu erlangen.

Man befinde sich gegenwärtig in der Zwickmühle, dass einerseits der Verkehrsentwicklungsplan noch erstellt werde und andererseits mit der Einführung des Verkehrsrechners man zu einer ordnungsgemäßen Ampelschaltung kommen könnte. Seiner Auffassung nach sollte man den Beschluss zum Abschluss des Vertrages in heutiger Sitzung fassen und im Nachgang mit dem Straßenbauamt besprechen, welche Form der Schaltung sinnvoll sei.

In folgender Diskussion sind sich die Stadträte einig, dass der Verkehrsrechner dringend notwendig sei. Es müsse jedoch nochmals diskutiert werden, in welche Richtung eine Verkehrsführung gehen soll. Dabei wird vor allem die B 8 angesprochen, die eigentlich mit dem Tangentenbau entlastet werden sollte, jedoch mit Blick auf verschiedene Baumaßnahmen der Eindruck entsteht, dass die B 8 die Hauptdurchfahrtsstraße bilden soll. Darüber hinaus wird die Priorisierung der Schaltungen hinsichtlich Verkehr/Fußgänger angesprochen.

Stadträtin Wallrapp ist der Auffassung, dass insbesondere die Ampelschaltung an der Fehrer Kreuzung überarbeitet werden müsste.

Bauamtsleiter Graumann sagt zu, dies aufzunehmen.

Bürgermeister Christof stellt abschließend fest, dass es mit dem heutigen Beschluss lediglich um die Finanzierungszusage gehe, damit der Auftrag vergeben werden könne. Die Art und Weise der Ampelschaltung sei in einem weiteren Schritt mit dem Straßenbauamt Würzburg zu besprechen.

B. Mit 11 : 1 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Dem Entwurf der Vereinbarung zur Einrichtung eines Verkehrsrechners vom Dezember 2010 zwischen dem Staatlichen Bauamt Würzburg und der Stadt Kitzingen wird zugestimmt.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die Vereinbarung zu unterzeichnen.
4. Zur Planung der Anbindung der städt. Signalanlagen Nordtangente/Abfahrt Fischer-gasse, Nordtangente/Abfahrt Bleichwasen, Nordtangente/Heinrich-Fehrer-Str. und Kaltensondheimer Straße/Schützenstraße wird der Oberbürgermeister ermächtigt den Fachplaner T+T Verkehrsmanagement GmbH auf Grundlage seines Angebotes vom 23.11.2009 zu beauftragen. Die Auftragssumme beläuft sich auf 42.506,80 € brutto.

8. Jahresrechnung und Haushaltsüberschreitung

Bürgermeister Christof weist darauf hin, dass die Tagesordnungspunkte 7 (Jahresrechnung) und 8 (Haushaltsüberschreitung) aufgrund Krankheit von Stadtkämmerer Weber direkt im Stadtrat am 21.06.2012 behandelt werden.
Dies wird zur Kenntnis genommen.

9. Anfrage von Stadträtin Dr. Endres-Paul
Sachstand Vereinsgründung Nachnutzung Gartenschau sowie Monatszeitschrift

Stadträtin Dr. Endres-Paul erkundigt sich nach den Sachständen hinsichtlich Vereinsgründung Nachnutzung Gartenschaugelände sowie Herausgabe einer Monatszeitung.

Bürgermeister Christof erklärt, dass der Oberbürgermeister dazu Stellung nehmen müsse.

10. Anfrage von Stadtrat Moser
Vorstellung Bieterverfahren Harvey Barracks

Stadtrat Moser möchte wissen, wann die Vorstellung der Bieter hinsichtlich der Ausschreibung der Harvey Barracks stattfindet.

Bürgermeister Christof erklärt, dass dies in der Stadtratssitzung am 21.06.2012 erfolgen werde.

Darüber hinaus äußert sich Stadtrat Moser kritisch hinsichtlich der Berichterstattung zur Kündigung von Bernd Rothfuß während der Probezeit. Ihm ärgere es, wenn nichtöffentliche Punkte in der Presse erscheinen.

Bürgermeister Christof erklärt, dass es vom Stadtrat bzw. der Verwaltung ausgehen könnte und eine Nachverfolgung schwierig sei. Man könne nur an die Verschwiegenheitspflicht appellieren.

11. Information von Bauamtsleiter Graumann
Baumaßnahme B 8/Wörthstraße

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass sich die Verwaltung auf Nachfrage im Verwaltungs- und Bauausschuss im Nachgang mit dem Straßenbauamt zusammengesetzt habe. Er weist darauf hin, dass die Einbahnregelung auf der B 8 Ende Juni aufgehoben werde. Die Arbeiten an der Wörthstraße werden in 14 Tagen abgeschlossen sein.

Stadtrat Schmidt möchte wissen, ob dies auch mit der ausführenden Firma abgesprochen wurde und gibt zu Bedenken, ob die Firma diese Vorgabe leisten könne.

Herr Pfrenzinger klärt auf, dass die Verzögerung an den fehlenden Steinen gelegen habe und die ausführende Firma personell die Arbeiten leisten könne.

Bürgermeister Christof schließt die öffentliche Sitzung um 20.30 Uhr.